



Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.609.425

Wien, am 29. Oktober 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Schatz, Kolleginnen und Kollegen haben am 31. August 2021 unter der Nr. **7718/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beratungstätigkeit und Personalsituation der Bundesstelle für Sektenfragen im Jahr 2020 und dem ersten Halbjahr 2021“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

1. Sind für das Jahr 2020 personelle Veränderungen in der Bundesstelle für Sektenfragen zu berichten?
 - a. Wenn ja, welche?
2. Sind für das erste Halbjahr 2021 personelle Veränderungen in der Bundesstelle für Sektenfragen zu berichten?
 - a. Wenn ja, welche?

Nein.

Zu Frage 3:

3. *Im Familienausschuss kündigte die damalige Ministerin Aschbacher an, dass das Budget der Sektenstelle von 2019 auf 2020 um 10.000 € erhöht werden soll und dass diese Erhöhung werde auch im nächsten Jahr fortgeschrieben. Ist es zu dieser Budgeterhöhung für 2020 und 2021 tatsächlich gekommen?*
 - a. *Wenn ja, wofür wurden die erhöhten Budgetmittel konkret eingesetzt?*
 - b. *Deckt die Erhöhung von 10.000 Euro jenen Bedarf, der der Sektenstelle durch die Kürzungen der vergangenen Jahre und die steigenden Erfordernisse durch die Corona-Krise tatsächlich entstanden ist?*

Das Gesamtbudget der Bundesstelle für Sektenfragen wurde vom Jahr 2019 auf das Jahr 2020 um 9.500,00 Euro und für das Jahr 2021 nochmals um 3.000,00 Euro erhöht. Die Mittel dienten hauptsächlich zur Abdeckung von erhöhten Sachkosten wie Materialankauf, Mieten, Versicherung und Strom sowie Lohnanpassungen.

Zu den Fragen 4 und 5:

4. *Ist, angesichts der steigenden Aufgaben und Anforderungen an die Mitarbeiterinnen der Bundesstelle für Sektenfragen und der fehlenden Personalaufstockung, eine Minderung der Leistungen für Privatpersonen als auch für öffentliche und private Einrichtungen notwendig?*
 - a. *Wenn ja, in welchem Umfang und ab/seit wann?*
5. *Können alle Anfragen, angesichts der steigenden Aufgaben und Anforderungen an die Mitarbeiterinnen der Bundesstelle für Sektenfragen und des Rückgangs an Personal, in ausreichendem Maße bearbeitet werden?*
 - a. *Wenn nein, wie viele zusätzliche Wochenarbeitsstunden würde es benötigen, um alle Anfragen an die Bundesstelle für Sektenfragen in ausreichendem Maße zu bearbeiten?*
 - b. *Welche Bereiche der Tätigkeit leiden besonders unter der angespannten Personalsituation?*

Wie schon in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14/J vom 23. Oktober 2019 durch die damalige Bundesministerin für Frauen, Familie und Jugend erwähnt, ist festzuhalten, dass von der Bundesstelle für Sektenfragen alle Anfragen von Privatpersonen, Medien sowie privaten und öffentlichen Einrichtungen bearbeitet und beantwortet werden. Die Bundesstelle kann daher ihre Kernaufgaben erfüllen. Die Aufteilung der Personalressourcen zwischen den unterschiedlichen Aufgabenbereichen obliegt dabei der Geschäftsführung.

Zu den Fragen 6 und 7:

6. *Ist ein personeller Ausbau des Teams der Bundesstelle für Sektenfragen für das zweite Halbjahr Jahr 2021 geplant?*
7. *Ist ein personeller Ausbau des Teams der Bundesstelle für Sektenfragen für das Jahr 2022 geplant?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, wann konkret?*
 - c. *Wenn ja, welche inhaltlichen oder administrativen Aufgaben soll eine neue Mitarbeiterin/ein neuer Mitarbeiter übernehmen?*

Ein personeller Ausbau ist derzeit nicht geplant.

Zu den Fragen 8 bis 15:

8. *Wie viele Beratungsfälle gab es im Jahr 2019?*
9. *Wie viele Beratungsfälle gab es im Jahr 2020?*
10. *Wie viele Beratungsfälle gab es im ersten Halbjahr 2021?*
11. *Wie viele fachspezifische Kontakte (Information und Beratung) fanden im Jahr 2020 statt?*
12. *Wie viele fachspezifische Kontakte (Information und Beratung) fanden im ersten Halbjahr 2021 statt?*
13. *Mit wie vielen Personen gab es im Jahr 2020 fachspezifischen Kontakt (Information und Beratung)?*
14. *Mit wie vielen Personen gab es im ersten Halbjahr 2021 fachspezifischen Kontakt (Information und Beratung)?*
15. *Wie viele Beratungsfälle gab es in der ersten Hälfte des Jahres 2019?*

	2019	2020	1. Halbjahr 2021
Beratungsfälle	502	462	299
fachspezifische Kontakte (Information und Beratung)		4.241	2.806
Personen	im 1. Halbjahr 2019: 272 Beratungsfälle	1.637	1.033

Zu den Fragen 16 und 17:

- 16. Wie viele Beratungsfälle aus dem Jahr 2020 betrafen den Bereich „Staatsverweigerer bzw. souveräne Bewegungen“ im breitesten Sinn?*
- 17. Wie viele Beratungsfälle aus dem ersten Halbjahr 2021 betrafen den Bereich „Staatsverweigerer bzw. souveräne Bewegungen“ im breitesten Sinn?*

Im gesamten Jahr 2020 gab es vier Beratungsfälle, im ersten Halbjahr 2021 waren es drei dahingehende Beratungsfälle.

Davon unberührt ist bei der Informationsarbeit der Bundesstelle weiterhin ein ungebrochen hoher Informationsbedarf in Zusammenhang mit Staatsverweigerern zu verzeichnen. Diese Nachfrage nach Informationen zu Staatsverweigerern betrifft einerseits die Öffentlichkeits- und Medienarbeit, andererseits den fachlichen Austausch mit anderen Fachstellen oder den fachlichen Austausch im Rahmen der Vernetzungsarbeit.

Weiters führt das Bekanntwerden von laufenden Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit Staatsverweigerern nach wie vor zu einer öffentlichen Präsenz dieses Themas und damit zu entsprechenden Nachfragen bei der Bundesstelle für Sektenfragen.

Zu Frage 18:

- 18. Im Tätigkeitsbericht für das Jahr 2019, das auch eine Vorausschau auf die durch die Corona-Pandemie entstanden Herausforderungen enthält, ist u.a. ein kurzer Abschnitt über "Verschwörungstheorien und Antisemitismus" enthalten. Dieser gibt allgemeine Informationen zu antisemitischen Codes und Verschwörungsmymen, erläutert jedoch die Situation in Österreich nicht. Verzeichnet die Bundesstelle für Sektenfragen für das Jahr 2020 und das erste Halbjahr 2021 einen Anstieg an Beratungsanfragen/Informationsanfragen im Zusammenhang mit dem Themenblock „Verschwörungstheorien und Antisemitismus“?*

Die Bundesstelle für Sektenfragen verzeichnete für das Jahr 2020 einen deutlichen Anstieg an Anfragen zu Verschwörungstheorien. Dies konnte auch für das erste Halbjahr 2021 beobachtet werden. Die Zunahme an Anfragen bezog sich sowohl auf die Bereiche „Beratung“ und „Information“.

Das Thema Antisemitismus spielte in den vergangenen Jahren eine zunehmende Rolle an der Bundesstelle für Sektenfragen. Es ist bei vielen Verschwörungstheorien explizit oder implizit präsent, weil viele antisemitische Manifestationen direkt oder indirekt mit

Verschwörungstheorien verbunden sind. Es ist meistens aber nicht die primäre Fragestellung, die an die Bundesstelle herangetragen wird, sondern ergibt sich aus dem inhaltliche Kontext von Beratungs- und Informationsgesprächen. Daher gibt es dazu keine detaillierte Statistik.

Zu Frage 19:

19. Im Tätigkeitsbericht gibt es ein Kapitel zu pseudomedizinischen Mittel, die vorgeben, gegen SARS-Cov-2 wirksam zu sein. Gibt es zwischen der Bundesstelle für Sektenfragen und dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und KonsumentInnenenschutz seit 2019 einen Austausch hinsichtlich Verschwörungsmethoden und Falschinformationen rund um das Corona-Virus?

- a. Wenn ja, wie sieht dieser Austausch aus?*
- b. Welche zielgruppenspezifischen Maßnahmen wurden durch die Informationen der Bundesteile für Sektenfragen getroffen?*

Die Bundesstelle für Sektenfragen stand seit ihrer Einrichtung in Kontakt und im Austausch mit dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), vor allem in Zusammenhang mit esoterischen oder spirituellen Angeboten.

In Zusammenhang mit Verschwörungstheorien und Fake News wurden in der Beratungs- und Informationsarbeit der Bundesstelle für Sektenfragen unter anderem auch Informationen des BMSGPK sowie Einrichtungen in deren Umfeld (z.B. AGES) berücksichtigt. Ein direkter Austausch hinsichtlich Verschwörungstheorien und Falschinformationen in Zusammenhang mit dem Coronavirus fand nicht statt.

Ergänzend darf darauf verwiesen werden, dass seitens des BMSGPK in Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie entsprechende Informationen über Fake News veröffentlicht wurden. Das Österreichische Jugendportal des Bundeskanzleramts hat ebenso entsprechende Fakten gegen Fake News über Covid-19 und das Thema Impfungen veröffentlicht (siehe <https://www.jugendportal.at/corona>).

MMag. Dr. Susanne Raab

